
BEGUTACHTETER ARTIKEL

Schadet Ungleichheit der Demokratie?

Die Auswirkungen von lokaler Einkommensungleichheit auf das Nichtwählen in Österreich am Beispiel der Nationalratswahl 2013

Martina Zandonella, Evelyn Hacker

1. Einleitung

Politische und zivilgesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten sind ein zentrales Grundgerüst demokratischer Gesellschaften. Partizipation erweitert dabei individuelle Handlungsspielräume und trägt auf kollektiver Ebene dazu bei, Machtunterschiede zu verringern. Sie geht einher mit Selbstbestimmung, der Gestaltung der eigenen Lebensumstände und der Mitgestaltung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Für die Qualität einer Demokratie spricht eine breite, möglichst über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg verteilte Partizipation.¹ Zahlreiche Forschungsergebnisse weisen jedoch darauf hin, dass Menschen mit höherer formaler Bildung und höherem Einkommen häufiger partizipieren und damit an der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stärker beteiligt sind. Demgegenüber führen prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen häufig dazu, dass die davon betroffenen Menschen weniger partizipieren und somit geringere Chancen haben, ihre Interessen zu vertreten.² Ressourcen – allen voran Bildung und Einkommen – sind also zentrale Faktoren im Zusammenhang mit Partizipation, denn soziale Ungleichheit bei der Partizipation kann letztlich die Legitimität demokratischer Systeme schwächen.

Im Rahmen der durchgeführten Studie wurden mögliche Auswirkungen von lokaler Einkommensungleichheit auf die Wahlteilnahme als Kern politischer Partizipation untersucht. Bislang konzentrierte sich die Analyse der Auswirkungen von Einkommensungleichheit vor allem auf die Einkommensverteilung auf nationaler Ebene.³ Durch die Aufarbeitung der Daten aus der Lohnsteuerstatistik bietet sich nun auch für Österreich die Möglichkeit, Einkommensungleichheit und ihre Folgen für kleinräumige Einhei-

ten zu analysieren.⁴ Zur Vermeidung ökologischer Fehlschlüsse wurde auf Individualdaten – die Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl (SORA & ISA [2013]) – zurückgegriffen, die mit den Merkmalen auf Gemeindeebene ergänzt wurde. Ökologische Fehlschlüsse entstehen dann, wenn Zusammenhänge zwischen Variablen auf der Makroebene (Aggregatdaten) wie Zusammenhänge auf der Mikroebene (Individualebene) interpretiert werden, diese Zusammenhänge in tatsächlich jedoch nicht bestehen.⁵ Ein offensichtliches Beispiel für einen solchen Fehlschluss wäre z. B., von der positiven Korrelation des Anteils an ausländischen StaatsbürgerInnen mit dem Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien darauf zu schließen, dass ausländische StaatsbürgerInnen solche Parteien wählen. Tatsächlich kommt die positive Korrelation dadurch zustande, dass Wahlberechtigte in Gebieten mit einem hohen Anteil an ausländischen StaatsbürgerInnen überdurchschnittlich häufig rechtspopulistische Parteien wählen.

Die Verknüpfung von Individual- mit Aggregatdaten im Rahmen der vorliegenden Studie ermöglichte es außerdem, weitere aus der Partizipationsforschung bekannte Indikatoren zur Erklärung der Wahlteilnahme in die Analyse zu integrieren. Diese Indikatoren betreffen allen voran individuelle Ressourcen wie Bildung oder Einkommen und sozialpsychologische Charakteristika wie politische Werthaltungen oder politische Selbstwirksamkeit. Dadurch kann schließlich der *omitted-variable bias* verringert werden. Dieser tritt auf, wenn in einem statistischen Modell zentrale Erklärungsfaktoren nicht integriert sind und in der Folge die Effekte der vorhandenen Faktoren über- oder unterschätzt werden.⁶

Die Studie stellte jedoch nicht den Anspruch, ein umfangreiches und vollständiges Kausalmodell zu testen. Vielmehr bestand das Ziel darin, unter den Einschränkungen der zur Verfügung stehenden Sekundärdaten explorierend vorzugehen und erste Hinweise auf mögliche Zusammenhänge zwischen dem lokalen Niveau an Einkommensungleichheit und politischer Partizipation zu erfassen.

Nachstehend wird zunächst auf die Dynamik und die gesellschaftlichen Auswirkungen von Einkommensungleichheit eingegangen (Abschnitt 2), anschließend folgt ein Überblick über die Ursachen und Folgen von Nichtwählen (Abschnitt 3). Abschnitt 4 erläutert die der Studie zugrunde liegenden Forschungshypothesen, die Datengrundlagen und die methodische Vorgehensweise. Im Rahmen von Abschnitt 5 werden die zentralen Ergebnisse vorgestellt. Abschnitt 6 fasst diese schließlich in einem Fazit zusammen und diskutiert Implikationen ebenso wie Vorschläge für künftige Forschung zum Thema.

2. Einkommensungleichheit: Dynamik und gesellschaftliche Auswirkungen

Angeregt durch den Anstieg an Einkommensungleichheit in vielen Ländern der westlichen Welt im Lauf der letzten Jahrzehnte wird Einkommensungleichheit immer häufiger als problematisch für die soziale und ökonomische Stabilität sowie für ökonomisches Wachstum diskutiert. Einige mit breiter Aufmerksamkeit rezipierten Publikationen, beispielsweise Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“ (2014), haben das Interesse am Thema Ungleichheit von Vermögen und Einkommen im wissenschaftlichen, politischen und medialen Diskurs noch einmal deutlich verstärkt.

Die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Einkommensungleichheit und Wirtschaftswachstum hat in der ökonomischen Literatur zu keinem eindeutigen Ergebnis geführt. Grundlegend war hier die Arbeit von Kuznets (1955), dessen berühmte Kuznets-Kurve zunächst einen Anstieg und dann einen Abfall der Einkommensungleichheit im Laufe der Industrialisierung einer Gesellschaft beschreibt: In einer frühen Phase der Entwicklung ermöglicht die Konzentration von Einkommen die Akkumulation von Kapital und somit Investitionen, während in späteren Phasen die breite Masse der Bevölkerung von höheren Löhnen profitiert und die Ungleichheit zurückgeht. Die in den letzten Jahrzehnten darauf aufbauend erarbeiteten empirischen Befunde ergaben aber zunächst starke und robuste Hinweise auf eine wachstumshemmende Wirkung von Ungleichheit.⁷ Spätere Beiträge bestätigen diese Zusammenhänge zum Teil nicht⁸ oder stellen sogar positive Zusammenhänge zwischen Ungleichheit und Wachstum fest.⁹ Für eine ausführliche Metaanalyse der vorliegenden theoretischen Grundlagen und empirischen Evidenz siehe z. B. De Dominicis et al. (2008).

Soziale Auswirkungen von hoher Einkommensungleichheit äußern sich u. a. in einem höheren Einfluss von sozialem Status, was zu Status-Konkurrenz und Abstiegsängsten führen kann. Damit in Verbindung stehen Gesundheitsprobleme aufgrund eines höheren Stresslevels, weniger zwischenmenschliches Vertrauen, geringerer sozialer Zusammenhalt und höhere Gewalttaten. Einkommensungleichheit ist damit nicht nur individuell bzw. für die Menschen am unteren Ende der Einkommensskala von Nachteil, sondern für die Gesellschaft als Ganzes.¹⁰ Die Auswirkungen der persönlichen Position in der Einkommensverteilung auf das Glücksempfinden gelten auch als gängige Erklärung für das Easterlin-Paradox:¹¹ Zwar sind innerhalb eines Landes die reicheren EinwohnerInnen subjektiv glücklicher als die ärmeren, das durchschnittliche Glücksempfinden in reichen Nationen liegt aber nicht über jenem in armen Nationen. Relatives Einkommen scheint somit ein besserer Prädiktor für die subjektive Zufriedenheit zu sein als absolutes Einkommen.

Aufgrund des abnehmenden Grenznutzens von Einkommen liegt außerdem der Schluss nahe, dass auch das durchschnittliche Glücksempfinden einer Gesellschaft von der Einkommensverteilung beeinflusst wird: So erhöht die Umverteilung von einer reicheren zu einer ärmeren Person das durchschnittliche Glücksempfinden in einer Gesellschaft, da die reichere Person weniger Nutzen verliert als die ärmere Person dazugewinnt.¹² Andere Ansätze betrachten Einkommensungleichheit als Umweltcharakteristik und betonen, dass die Zufriedenheit in gleichen Gesellschaften höher ist, da Menschen gleiche Gesellschaften gegenüber ungleichen präferieren. Demgegenüber kritische Studien weisen auf die Einschätzung der persönlichen Perspektiven hin – der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Zufriedenheit hängt demnach stärker von den persönlichen Erwartungen über die eigene, zukünftigen Positionen in der Einkommensverteilung ab.¹³ Alesina et al. (2004) finden etwa für europäische Länder – im Gegensatz zu den USA – eine starke negative Auswirkung von Ungleichheit auf das Glücksempfinden in den ärmeren Bevölkerungsschichten. Diese Unterschiede werden genau auf diese unterschiedliche Wahrnehmung der Möglichkeiten zur sozialen Mobilität zurückgeführt.

Österreich zählt sowohl im internationalen als auch im EU-Vergleich zu den Ländern mit relativ niedriger Einkommensungleichheit. Auf der Grundlage der Lohnsteuerstatistik zeigt sich wie in den meisten OECD-Ländern aber sowohl lang- als auch kurzfristig ein deutlicher Anstieg: In den vergangenen drei Jahrzehnten stieg der Gini-Koeffizient für die Bruttohohneinkommen der ArbeitnehmerInnen um 30%. Dieser Anstieg ist dabei auf ein langsames Wachstum der Einkommen der beiden untersten Dezile gegenüber den Einkommen der oberen Dezile zurückzuführen.¹⁴

Tabelle 1: Entwicklung der Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen in Österreich 1976-2010

	1976	1982	1987	1995	2000	2006	2010
Gini-Koeffizient	0,349	0,364	0,350	0,410	0,433	0,441	0,452

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen: WIFO (2012).

Zu beachten ist jedenfalls, dass sich für Österreich aufgrund der Erfassung der Einkommen in drei unterschiedlichen Statistiken (Lohnsteuer, Einkommensteuer, Integrierte Lohn- und Einkommensteuer) nicht unwesentliche Berechnungsprobleme ergeben. Zu den damit verbundenen datenbedingten Herausforderungen (insbesondere dem Fehlen von Daten über die Verteilung von Kapitaleinkommen) und für eine detaillierte Betrachtung der Entwicklung der Konzentration von Einkommen in Österreich im Lauf der letzten Jahrzehnte siehe Altzinger et al. in „Wirtschaft und Gesellschaft“ 37/4 (2011) und 38/1 (2012).

Im Gegensatz zur nationalen Betrachtungsebene gibt es zum Thema Einkommensungleichheit auf Regions- oder Gemeindeebene deutlich weniger Untersuchungen. Die Analyse von Einkommensungleichheit auf subnationaler Ebene konzentrierte sich aufbauend auf die Arbeit von Williamson (1965) zunächst auf die Anwendung der Kuznets-Kurve auf die ungleiche Entwicklung von Regionen.¹⁵ Somit stand nicht die persönliche Einkommensverteilung innerhalb von Regionen, sondern die Frage von Einkommensunterschieden zwischen Regionen im Fokus des Interesses. Erst in der jüngeren Literatur und mit einer verstärkten Anwendung von in inter- und intraregionale Teilkomponenten zerlegbaren Ungleichheitsindizes wie dem Theil-Index und der Weiterentwicklung von Methoden der räumlichen Ökonometrie¹⁶ besteht ein verstärktes Interesse an der Untersuchung von Einkommensungleichheit auf kleinräumiger Ebene.

Bislang hat dabei besonders die Einkommensungleichheit innerhalb von Städten eine gewisse Aufmerksamkeit erhalten, da die hohe Bevölkerungsdichte die Unterschiede zwischen Arm und Reich besonders offenkundig macht¹⁷ und dichter besiedelte Orte die Tendenz zu höherer Einkommensungleichheit haben.¹⁸ Die Frage, ob Einkommensungleichheit auf lokaler Ebene ähnliche oder andere Einflüsse hat wie Einkommensungleichheit auf der nationalen Ebene, ist bis dato jedoch weitgehend ungeklärt.¹⁹ Bei der Betrachtung von Einkommensungleichheit auf lokaler Ebene muss jedenfalls berücksichtigt werden, dass diese zu einem beträchtlichen Teil von der individuellen Entscheidung beeinflusst ist, an

Abbildung 1: Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient) in Österreichs Gemeinden 2010



Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; Berechnungen: Moser, Schnetzer (2015); Karte erstellt in QGIS, Grundlage CC-BY-3.0 Land Kärnten – data.ktn.gv.at.

einem bestimmten Ort zu leben und es somit einen klaren Zusammenhang zwischen lokaler Ungleichheit und Segregation gibt: Eine Reduktion lokaler Einkommensungleichheit bei gleichbleibender Ungleichheit auf nationalem Niveau impliziert also eine höhere Segregation der unterschiedlichen Einkommensgruppen.²⁰

Für Österreich haben Moser und Schnetzer (2013) Einkommensungleichheit auf der kleinräumigen Ebene auf Basis der Lohnsteuerstatistik untersucht und deutliche regionale Muster (räumliche Autokorrelation) für das Ausmaß an Einkommensungleichheit identifiziert. Hohe Werte an Ungleichheitsindizes gehen oftmals mit hohen durchschnittlichen Bruttolöhnen einher, die wiederum stark in den urbanen Ballungsräumen konzentriert sind. Die Abbildung 1 zeigt den Gini-Koeffizient 2010 auf Gemeindeebene.

3. Nichtwählen: Ursachen und Folgen für die Demokratie

Politische und zivilgesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten zählen zum normativen Grundgerüst demokratischer Gesellschaften, und eine breite, möglichst über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg verteilte Beteiligung gilt als Qualitätsmerkmal einer Demokratie.²¹ Partizipation hat dabei viele Gesichter und reicht von der Teilnahme an Wahlen über punktuelle, themenspezifische Aktivitäten bis hin zu langfristigem, freiwilligem Engagement in Interessenvertretungen, Vereinen und Organisationen. Wahlen gelten wiederum als Kernelement von Demokratien und sind, zumindest im europäischen Kontext, eine grundsätzlich niederschwellige Partizipationsform, die auch von einer Mehrzahl der BürgerInnen praktiziert wird.

Auch wenn die Höhe der Wahlbeteiligung nicht als alleiniger Indikator über das Funktionieren einer Demokratie Auskunft geben kann, sind ein Mindestmaß an allgemeiner Wahlbeteiligung und eine möglichst gleichverteilte Wahlbeteiligung über die unterschiedlichen Gruppen von BürgerInnen hinweg relevant.²² Da die Interessen der WählerInnen besser vertreten werden als jene der NichtwählerInnen, führt im Besonderen systematische Nichtteilnahme zu einer Unterrepräsentation bestimmter Interessen.²³

Demnach ist also vor allem relevant, ob Nichtwählen zufällig über die BürgerInnen verteilt ist oder ob eine systematische Exklusion von bestimmten Gruppen vorliegt. Exklusion kann dabei im Wahlrecht verankert sein (bei der letzten Wiener Gemeinderatswahl waren beispielsweise ein Viertel der wahlfähigen WienerInnen aufgrund ihrer ausländischen Staatsbürgerschaften von der Teilnahme ausgeschlossen),²⁴ auf informellen Diskriminierungsmechanismen (z. B. bei Minderheiten) beruhen, eine Folge

von technischen Pannen in der Wahladministration oder von individuellem Wahlverzicht sein.²⁵

Zusätzlich zu diesen formellen und informellen Exklusionsmechanismen lässt sich die Wahlbeteiligung von BürgerInnen auf drei unterschiedlichen Ebenen erklären:

Auf der Mikroebene stehen Ressourcen wie Bildung oder Einkommen im Vordergrund, da diese mit einer höheren Partizipation einhergehen. Dabei wurde jedoch nicht nur die individuelle Höhe der Ressourcen, sondern auch deren Relation zu anderen als wichtig identifiziert. In diesem Zusammenhang ist auch das Alter relevant, da es zum einen ein Indikator für die Zugehörigkeit zu einer Kohorte, zum anderen ein Indikator für die aktuelle Position im Lebenszyklus ist.

Ebenfalls auf der Mikroebene wirksam sind sozialpsychologische Charakteristika wie Werte, Einstellungen, politisches Interesse, ein grundlegendes Vertrauen in das politische System oder politische Selbstwirksamkeit – also das Vertrauen in die eigene Fähigkeit, sich am politischen Prozess beteiligen und durch diese Partizipation auch etwas bewirken zu können.²⁷ Der politischen Selbstwirksamkeit kommt dabei eine besondere Bedeutung für die Partizipation zu, denn NichtwählerInnen sind sehr häufig der Ansicht, dass ihre Stimme keinen Einfluss auf die Politik hat.²⁸

Die mit der Partizipation zusammenhängenden sozialpsychologischen Charakteristika werden im Laufe der politischen Sozialisation geprägt. In der produktiven Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, ihren Macht- und Herrschaftsmechanismen sowie den ihr innewohnenden Prozessen der Interessensdurchsetzung wird eine politische Identität entwickelt.²⁹ Dazu zählen der Aufbau eines Wertesystems, eines politischen Bewusstseins sowie die durch das Ausprobieren von Beteiligung und das Erleben ihrer Wirksamkeit vorbereitete Übernahme von Partizipationsrollen im politischen Raum. Auch wenn bereits bei Kindergartenkindern ein gewisses Verständnis für politische Zusammenhänge aufgezeigt werden kann, gilt das Jugendalter als die zentrale Phase für die politische Sozialisation, da während dieser die selbstständige Integration in das gesellschaftliche System erfolgt.³²

Über der Mikroebene umfasst die Mesoebene die Eingebundenheit in soziale Netzwerke und damit auch institutionelle Faktoren wie die Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen. Diese ermöglichen „Demokratie-Lernen“³³ und gelten als zentrale Verbindung zwischen individuellem Status und politischer bzw. zivilgesellschaftlicher Partizipation. Für den regionalen Kontext wurde in diesem Zusammenhang gezeigt, dass eine durch höhere formale Bildung und höheres Einkommen geprägte Nachbarschaft die zivilgesellschaftliche Partizipation der BewohnerInnen mit einem derart höherem sozialen Status steigert, gleichzeitig jedoch die Partizipation von BewohnerInnen mit geringerem sozialen Status senkt. Das dominie-

rende soziale Umfeld, welches in diesem Fall Partizipation ermutigt, assimiliert demnach die der Mehrheit zugehörigen BewohnerInnen, exkludiert jedoch die statusniedrigere Minderheit.³⁴

Auf der Makroebene stehen schließlich Kontextmerkmale wie Gesetze, der Wohlstand einer Gesellschaft, Bildungsexpansion oder die Verbreitung von Massenmedien im Vordergrund.³⁵ Auch diese Ebene ist nicht für sich allein zu betrachten, sondern steht in ständigem Wechselspiel mit den beiden zuvor genannten Ebenen: So konnte beispielsweise für Österreich im Zuge der Wahlaltersenkung von 18 auf 16 Jahre ein Anstieg des politischen Interesses der 16- und 17-Jährigen festgestellt werden. Das gesteigerte politische Interesse (Mikroebene) gründete zum einen im neu erworbenen Recht zur Partizipation (Makroebene) selbst, zum anderen wurde es durch zahlreiche wahlbegleitende Aktivitäten in den Schulen (Mesoebene) vermittelt.³⁶

In ihrem *Civic Voluntarism Model* gehen Verba et al. (1995) davon aus, dass die Ressourcen (z. B. formale Bildung) auf der Mikroebene ebenso wie Faktoren auf der Makroebene (z. B. Wahlrecht) vor allem darüber entscheiden, ob ein/e Bürger/in partizipieren kann. Sozialpsychologische Charakteristika wie Systemvertrauen oder politische Selbstwirksamkeit bestimmen darüber, ob ein/e Bürger/in partizipieren will. Die Mobilisierung, also die Aufforderung zur Teilnahme, vollzieht sich schließlich auf der Mesoebene.

Nichtwählen aufgrund fehlender Ressourcen, mangelnder sozialer Eingebundenheit oder formeller Exklusionsmechanismen ist systematisch und führt dazu, dass im politischen Prozess die Interessen jener Gruppen stärker berücksichtigt werden, die bereits über mehr (individuelle oder kollektive) Ressourcen verfügen. Dass sich bei politischen Entscheidungen die Ansichten der ökonomischen Eliten und ihrer Interessenvertretungen stärker durchsetzen als jene von einkommensschwächeren Gruppen und deren Vertretungen, wurde für die Vereinigten Staaten und für zahlreiche westeuropäische Staaten bereits aufgezeigt.³⁷

4. Lokale Einkommensungleichheit, individuelle Ressourcen und Nichtwählen am Beispiel der Nationalratswahl 2013

Die Erforschung der Zusammenhänge zwischen individuellen Ressourcen und politischer Partizipation hat eine lange Tradition, und die Einflüsse von Bildung, Einkommen und Sozialkapital auf das Ausmaß an politischer Beteiligung wurden bereits mehrfach – auch für Österreich – bestätigt.³⁸ Dabei zeigen sich für unkonventionellere Partizipationsformen (z. B. die Teilnahme an Demonstrationen, Petitionen oder der Direktkontakt zu PolitikerInnen) stärkere Verzerrungen zu Ungunsten einkommensschwacher

und formal gering gebildeter BürgerInnen als für die Wahlbeteiligung. Jedoch ist auch Nichtwählen nicht zufällig über die unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft verteilt.³⁹

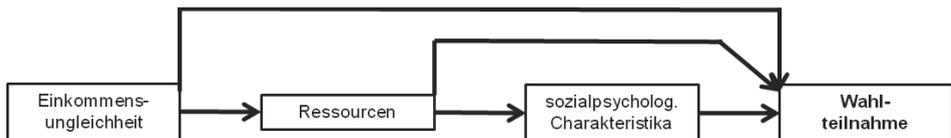
Mögliche Einflüsse von lokalen Strukturvariablen auf die Wahlbeteiligung wurden bislang nicht untersucht. Die der durchgeführten Studie zugrunde liegende, zentrale Forschungsfrage lautete demnach: Welche Faktoren auf struktureller Ebene (Makroebene: lokale Einkommensungleichheit) und individueller Ebene (Mikroebene: Ressourcen und sozialpsychologische Charakteristika) sind für die Entscheidung, zu wählen bzw. nicht zu wählen, relevant? Daraus abgeleitet wurden drei Hypothesen, welche in Abbildung 2 schematisch dargestellt sind:

(1) Sozialpsychologische Charakteristika, Ressourcen und lokale Einkommensungleichheit haben einen jeweils direkten Effekt auf Wahlteilnahme.

(2) Ressourcen haben über sozialpsychologische Charakteristika einen indirekten Effekt auf die Wahlteilnahme (d. h. Ressourcen beeinflussen die Ausprägung der sozialpsychologischen Charakteristika, und diese beeinflussen wiederum die Wahlteilnahme).

(3) Lokale Einkommensungleichheit hat über Ressourcen einen indirekten Effekt auf die Wahlteilnahme (d. h. lokale Einkommensungleichheit hängt mit individuellen Ressourcen zusammen, und diese beeinflussen wiederum die Wahlteilnahme).

Abbildung 2: Schematische Darstellung der zentralen Hypothese



4.1 Datengrundlagen

Die durchgeführte Analyse greift auf unterschiedliche Datengrundlagen zurück: Zum einen auf die Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl (SORA & ISA [2013]) Diese telefonische Erhebung wurde vom Donnerstag vor der Wahl bis inklusive Wahlsonntag durchgeführt, insgesamt wurden 1.224 Wahlberechtigte befragt. Die Stichprobe entspricht einer nach Gemeinden vorab geschichteten Zufallsauswahl. Die zusätzliche Gewichtung der Daten nach soziodemografischen (Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus) und regionalen (Urbanitätsgrad) Merkmalen gewährleistet die Repräsentativität der Daten für die wahlberechtigte Bevölkerung.

Basis für die inhaltliche Konzeption des Fragebogens und die Interpretation der Ergebnisse der Wahltagsbefragungen sind die in der Wahlfor-

schung etablierten Theorien der Wahlentscheidung bzw. deren Blickwinkel auf das Wahlverhalten.⁴⁰ Aus den Ergebnissen der Wahltagsbefragung kann außerdem auf die Wahlbeteiligung unterschiedlicher soziodemografischer Gruppen geschlossen werden.

Zur Identifizierung der NichtwählerInnen wurde die Frage nach der Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme herangezogen, die auf einer Skala von 0 („Ich werde sicher nicht teilnehmen“) bis 10 („Ich werde ganz sicher teilnehmen“) beantwortet wurde. Als WählerInnen galten im Rahmen der vorliegenden Studie nur jene Befragten, die angeben, ganz sicher an der Nationalratswahl teilzunehmen oder bereits teilgenommen zu haben (89% der Befragten) – alle anderen (19%) wurden als NichtwählerInnen definiert. Wie bei Umfragen üblich, liegt auch in diesem Fall die selbstberichtete Wahlteilnahme über der tatsächlichen Wahlbeteiligung (diese betrug bei den Nationalratswahlen 2013 rund 75%). Als wichtigster Grund für dieses *Overreporting* ist soziale Erwünschtheit anzuführen: Da die Teilnahme an Wahlen ein sozial erwünschtes Verhalten darstellt, ist es für manche NichtwählerInnen schwierig, über ihr von der gültigen Norm abweichendes Verhalten zu berichten. *Overreporting* ist bei der Analyse von Wahlbeteiligung auf Basis von Umfragedaten jedenfalls zu berücksichtigen, da es dadurch bei der Schätzung von Zusammenhängen zwischen Wahlbeteiligung und anderen Merkmalen zu Verzerrungen kommen kann (v. a. zu einer Überschätzung der Zusammenhänge). Es ist aber davon auszugehen, dass das Muster der Einflussfaktoren dennoch interpretierbar bleibt.⁴¹

Für die lokale Ebene wurden anhand der Gemeindeganzahlen folgende Variablen in die Wahltagsbefragung integriert: Medianeinkommen, Durchschnittseinkommen, Gini-Koeffizient, 90/10-Relation (90. Perzentil/10. Perzentil) und 50/20-Relation (50. Perzentil/20. Perzentil). Berechnet wurden diese Daten zu Einkommen und Einkommensverteilung für alle österreichischen Gemeinden aus der Lohnsteuerstatistik 2010.⁴² Für die Berechnungen verwendet wurde das Bruttojahreseinkommen inkl. Sonderzahlungen, die geografische Zuordnung erfolgte anhand des Wohnortes (nicht Arbeitsortes). Die Vorteile der Verwendung dieser Daten auf Basis der Lohnsteuerstatistik sind neben ihrer Exaktheit und langfristigen Vergleichbarkeit auch ihre Vollständigkeit im Sinne einer Vollerhebung. Als Nachteil ist anzuführen, dass sich die Datengrundlage auf die Einkommen unselbstständig Erwerbstätiger und BezieherInnen lohnsteuerpflichtiger Pensionseinkommen beschränkt⁴³ – Einkünfte aus selbstständigen Tätigkeiten und Vermögen können also nicht berücksichtigt werden. Zusätzlich standen aus der Registerzählung der Statistik Austria (2011) folgende Merkmale auf Gemeindeebene zur Verfügung: Einwohnerzahl, Anteil der ausländischen StaatsbürgerInnen, Anteil der Arbeitslosen und Anteil der AkademikerInnen.

4.2 Methodische Vorgehensweise

Zur Überprüfung der Hypothesen wurde ein Pfadmodell berechnet. Pfadmodelle sind erweiterte multivariate Regressionsmodelle, mit deren Hilfe überprüft werden kann, ob und wie gut ein auf theoretischen Überlegungen basierendes Kausalmodell zu empirischen Zusammenhängen passt. Dabei können direkte Effekte – also der Einfluss von Variable X auf Variable Y – und indirekte Effekte – der Einfluss von Variable X auf Variable Y über Variable Z – unterschieden werden. Für Querschnittstichproben (wie der vorliegenden) lässt sich zwar auch im Pfadmodell die theoretisch formulierte Kausalität nicht beweisen. Ein Pfadmodell informiert jedoch darüber, welches Kausalmodell dem Korrelationsmuster der Daten am besten entspricht.⁴⁴

Hierzu muss einschränkend angemerkt werden, dass für die vorliegenden, hierarchisch strukturierten Daten das berechnete, „einfache“ Pfadmodell nicht die der Datenstruktur entsprechende Methode der Wahl ist, da es die Effekte zwischen und innerhalb der Ebenen nicht adäquat berücksichtigen kann. Für die vorliegende Datenstruktur bieten sich grundsätzlich Mehrebenen-Pfadmodelle an. Ein solches konnte mit dem vorliegenden Datensatz jedoch nicht berechnet werden, da dieser auf einer Österreich- und nicht auf einer Gemeinde-repräsentativen Stichprobe beruht. Damit ist die Befragtenanzahl pro Gemeinde nicht ausreichend hoch.

Die Analyse wurde mit Mplus (Version 7)⁴⁵ unter Verwendung des WLMSV-Schätzers durchgeführt. Zur Beurteilung des Modells wurden die *Goodness-of-Fit-Indices* CFI und RMSEA herangezogen: Die Kombination aus $CFI > 0,90$ und $RMSEA < 0,08$ wird dabei üblicherweise als akzeptabler, jene aus $CFI > 0,95$ und $RMSEA < 0,05$ als sehr gute Passung (*Fit*) bezeichnet.

5. Ergebnisse

Mit den verfügbaren Daten können also – ausgehend von den bestehenden Erkenntnissen der Partizipationsforschung (siehe Abschnitt 3) – Einflüsse auf die Wahlteilnahme auf zwei Ebenen berücksichtigt werden: zum einen Einflüsse auf der Mikroebene (Ressourcen und sozialpsychologische Charakteristika), zum anderen Einflüsse auf der Makroebene (Wohlstand auf Gemeindeebene). Keine Daten standen für die Mesoebene, also für die Eingebundenheit der BürgerInnen in soziale Netzwerke und Organisationen, zur Verfügung.

In einem ersten, explorativen Schritt wurden bivariate Korrelationen zwischen den vorhandenen unabhängigen Variablen bzw. zwischen diesen und der Wahlteilnahme (Tabelle 2) berechnet. Dies sollte allen voran die

Auswahl aus den zur Verfügung stehenden Merkmalen auf Gemeindeebene für die Aufnahme in das Modell erleichtern, da bislang keine Erfahrungen für ihren Zusammenhang mit der Wahlteilnahme vorliegen. Außerdem konnten so die Interkorrelationen der Variablen im Auge behalten werden: Korrelieren die unabhängigen Variable zu stark miteinander, führt dies in Regressionsmodellen zu instabilen Koeffizientenschätzungen und letztlich zu einer nicht mehr eindeutigen Modellinterpretation.⁴⁶

Tabelle 2: Bivariate Zusammenhänge der Faktoren auf Mikro- und Makroebene mit der Wahlteilnahme

			Wahlteilnahme	Signifikanz (p)
Mikroebene	Ressourcen	Alter	0,10***	0,00
		Geschlecht	0,04	0,14
		(max.) Pflichtschule	-0,06	0,05
		Lehre	-0,01	0,72
		BMS	0,02	0,41
		Matura	0,04	0,23
		tertiärer Abschluss	0,07**	0,01
		Arbeitslosigkeit	-0,08**	0,00
	sozialpsycholog. Charakteristika	Politik versagt in entscheidenden Fragen	-0,08**	0,01
		Mitentscheidung über Zukunft des Landes	0,33***	0,00
Makroebene	Gemeindemerkmale	Gini 2010 x 100	0,04	0,17
		50/20-Ratio 2010	0,00	0,98
		90/10-Ratio 2010	0,04	0,23
		(Gini 2010 – Gini 2004) x 100	0,02	0,59
		Durchschnittseinkommen 2010 (in 1.000 Euro)	0,04	0,17
		Medianeinkommen 2010 (in 1.000 Euro)	0,04	0,21
		EinwohnerInnen in 1.000	-0,00	0,88
		Anteil Arbeitslose	0,03	0,34
		Anteil ausländische Staatsbürger	0,02	0,51
		Anteil AkademikerInnen	0,02	0,41
		Anteil Personen mit Sekundarabschluss	-0,10	0,74

Anmerkung: Wahlteilnahme dichotom codiert (1 = Teilnahme); * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$; fett gedruckt sind jene Variablen, die in die Modellschätzung aufgenommen wurden; $n = 1158$.

Die Korrelationen zeigen keine direkten Zusammenhänge zwischen den Gemeindemerkmale und der Wahlteilnahme. Entsprechend den bisherigen Erkenntnissen aus der Partizipationsforschung, die darauf hinweisen, dass formale Bildung und Einkommen zentrale Einflussfaktoren darstellen, deren ungleiche Verteilung jedoch wichtiger scheint als ihr absolutes Ausmaß (siehe Abschnitt 3), wurden für die folgende Modellschätzung schließlich drei Merkmale ausgewählt, die im Zusammenhang mit Wohl-

Tabelle 3: Direkte Effekte im Pfadmodell

Abhängige Variable	Unabhängige Variable	Stand. Reg.koeff.
Wahlteilnahme	Mitentscheidung über Zukunft des Landes	0,348***
	AkademikerIn	0,057
	Arbeitslos	-0,075*
	Alter	0,103***
	Gini-Koeffizient	-0,034
sozialpsycholog. Charakteristik	AkademikerIn	0,035
	Arbeitslos	-0,071*
	Alter	-0,007
AkademikerIn	Gini-Koeffizient	0,135***
	Anteil AkademikerInnen	0,021
Arbeitslos	Gini-Koeffizient	0,076**
	Anteil Arbeitslose	0,033
Alter	Gini-Koeffizient	0,008
	Anteil AkademikerInnen	0,002
	Anteil Arbeitslose	0,061*
Gini-Koeffizient	Anteil AkademikerInnen	0,841***
	Anteil Arbeitslose	0,132***

Anmerkung: Dargestellt sind die standardisierte Koeffizienten; n = 1158; * p < 0,05, ** p < 0,01, *** p < 0,001; Model Fit: $\chi^2(8) = 6,980$, p = 0,539, CFI = 0,998 und RMSEA = 0,013. Indirekte und totale Effekte können aus dieser Tabelle wie folgt berechnet werden: Indirekte Effekte sind das Produkt der jeweiligen direkten Effekte; totale Effekte sind die Summe der jeweiligen direkten und indirekten Effekte.

statistisch nicht signifikante Pfade. Die dazugehörigen Effektstärken, d. h. die standardisierten Regressionskoeffizienten, und das Signifikanzniveau können in Tabelle 3 nachgelesen werden.

Die Ergebnisse zeigen eine Reihe von direkten Effekten: So ist die Wahlteilnahme höher, je stärker die Meinung vertreten wird, dass Wählen wichtig ist, weil man damit über die Zukunft des Landes mitentscheidet. Die Wahlteilnahme ist außerdem mit zunehmendem Alter höher, bei arbeitslosen BürgerInnen ist sie geringer.

Politische Selbstwirksamkeit, also die Einstellung, dass Wählen wichtig ist, weil man damit über die Zukunft des Landes mitentscheidet, ist darüber hinaus unter arbeitslosen BürgerInnen weniger verbreitet. Arbeitslose haben also nicht nur *per se* eine geringere Wahlteilnahme (direkter Effekt). Ihre Wahlteilnahme ist darüber hinaus geringer, weil sie seltener der Ansicht sind, dass sie mit ihrer Stimme mitentscheiden können (indirekter Effekt).

Der formale Bildungsabschluss hat demgegenüber keinen Einfluss auf

die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme – weder direkt noch indirekt über die politische Selbstwirksamkeit.

Der Gini-Koeffizient, d. h. die Einkommensungleichheit, steigt mit dem Anteil an AkademikerInnen in der Gemeinde. In der Folge ist es als Akademiker/in auch wahrscheinlicher, in einer Gemeinde mit hohem Gini-Koeffizienten zu leben. Ebenso steigt der Gini-Koeffizient mit dem Anteil an Arbeitslosen in der Gemeinde. Somit ist es auch als Arbeitslose/r wahrscheinlicher, in einer Gemeinde mit hohem Gini-Koeffizienten zu leben.

Sowohl der direkte als auch der (über die politische Selbstwirksamkeit) indirekte Effekt von Arbeitslosigkeit auf die Wahlteilnahme verstärken sich mit zunehmendem Gini-Koeffizienten und damit mit zunehmender Einkommensungleichheit in der Gemeinde. Das vorliegende Pfadmodell deutet also darauf hin, dass Ungleichheit auf Gemeindeebene die Wahlbeteiligung senkt – nicht direkt, aber indirekt über eine vermehrte Exklusion (aus dem Erwerbsleben) und einer damit verbundenen, geringeren politischen Selbstwirksamkeit sowie einer daraus folgenden, geringeren politischen Beteiligung.

6. Fazit

Dieser erste Versuch, mögliche Auswirkungen von regionaler Einkommensungleichheit auf die Wahlteilnahme zu untersuchen, hat einige relevante Ergebnisse aufgezeigt:

Den stärksten direkten Einfluss auf die Entscheidung zur Wahlteilnahme bei der Nationalratswahl 2013 hatten sozialpsychologische Charakteristika: Die Wahlteilnahme steigt mit der politischen Selbstwirksamkeit, also dem Vertrauen darauf, durch die Teilnahme an Wahlen über die Zukunft des Landes mitentscheiden zu können. Ressourcen erklären im Vergleich dazu einen deutlich geringeren Varianzanteil der Wahlteilnahme, ein positiver Einfluss von Alter und ein negativer Einfluss von Arbeitslosigkeit sind aber vorhanden.

Aus der Schätzung des Pfadmodells zur Wahlteilnahme wird ersichtlich, dass Arbeitslosigkeit *per se* zu einer geringeren politischen Beteiligung führt. Arbeitslosigkeit geht darüber hinaus jedoch auch mit einer geringeren politischen Selbstwirksamkeit einher, was die Teilnahmewahrscheinlichkeit zusätzlich senkt. Dieses Muster tritt darüber hinaus verstärkt in Gemeinden mit einem höheren Gini-Koeffizienten, d. h. höherer Einkommensungleichheit, auf. Die durchgeführte Studie gibt also einen ersten Hinweis darauf, dass Ungleichheit auf Gemeindeebene die Wahlbeteiligung senkt: Dies geschieht indirekt über die höhere Wahrscheinlichkeit, von Exklusionserfahrungen (wie Arbeitslosigkeit) betroffen zu sein.

Damit weisen auch die Ergebnisse dieser Studie darauf hin, dass Nicht-

wählen in Österreich nicht zufällig über die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verteilt ist. Zusätzlich zu bestehenden Hürden wie der verfassungsrechtlichen Gebundenheit des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft, geht die Zugehörigkeit zu bestimmten, in der einen oder anderen Weise bereits exkludierten Gruppen mit einer geringeren Wahlteilnahme einher. Damit setzen sich im politischen Prozess auch die Interessen jener Gruppen stärker durch, die schon zuvor über mehr Ressourcen verfügten. Der Eindruck der von Exklusion betroffenen oder bedrohten Person, nicht wirksam mitgestalten zu können, ergibt sich also nicht nur aus ihren individuellen Erfahrungen, er kann auch auf kollektiver Ebene nachvollzogen werden.

Einkommensungleichheit auf regionaler Ebene kann, den dargestellten Ergebnissen folgend, die Wahlteilnahme von exkludierten Gruppen zusätzlich senken. Setzt sich also der Trend der letzten dreißig Jahre, der eine Zunahme der Einkommensungleichheit zeigt, fort, wird auch die Systematik des Nichtwählens zunehmen. Zu Ende gedacht geht das Recht dann nicht mehr vom Volk bzw. von einem repräsentativen Querschnitt des Volkes, sondern nur mehr von einem exklusiven Teil davon aus.

Noch einmal ist einschränkend anzumerken, dass im Rahmen dieser Sekundärdatenanalyse nicht das der Datenstruktur entsprechende Analyseverfahren (ein Mehrebenen-Pfadmodell⁴⁷) angewendet werden konnte. Da es sich um eine auf Österreich-, jedoch nicht auf Gemeindeebene repräsentative Stichprobe handelt, war die Anzahl der Befragten pro Gemeinde dafür zu gering. Für eine umfassende Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Einkommensungleichheit und politischer Partizipation mittels Mehrebenen-Pfadmodell bedarf es also einer entsprechend größeren und repräsentativen Befragtenanzahl pro Gemeinde.

Ebenfalls empfehlenswert ist die Ergänzung des Modells mit Indikatoren, die Auskunft darüber geben, ob und wie Einkommensungleichheit auf der Gemeindeebene wahrgenommen wird. In diesem Zusammenhang relevant ist das Ausmaß des Zusammenhangs zwischen der subjektiven Wahrnehmung von Einkommensungleichheit und statistischen Maßzahlen wie dem Gini-Koeffizient. Dies würde eine tiefergehende Analyse der Frage, wieso der Zusammenhang zwischen Exklusion (aus dem Erwerbsleben) und geringer politischer Selbstwirksamkeit sowie in der Folge niedrigerer Wahlbeteiligung in Gemeinden mit höherer Ungleichheit verstärkt auftritt, erlauben. Hier gilt es zu überprüfen, ob die gesellschaftlichen Hierarchien in Gemeinden mit hoher Einkommensungleichheit für die EinwohnerInnen (oder für bestimmte Gruppen von EinwohnerInnen) tatsächlich sichtbarer sind.

Aus Sicht der Partizipationsforschung bietet sich schließlich die Aufnahme von Indikatoren auf der Mesoebene an. Derartige Informationen über die Eingebundenheit in soziale Netzwerke, Organisationen oder Vereine

geben zusätzliche und relevante Auskünfte über die gesellschaftliche In- bzw. Exklusion der BürgerInnen.

Trotz der genannten Einschränkungen konnten im Rahmen der vorliegenden Studie erste Zusammenhangsmuster zwischen der Ungleichheit auf Gemeindeebene und der Wahlbeteiligung aufgezeigt werden. Die Ergebnisse sprechen in jedem Fall dafür, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema fortzusetzen, vorzugsweise auf Basis eines Gemeinde-repräsentativen Datensatzes und mit Ergänzung der aufgezeigten Indikatoren auf der Mikro- und Mesoebene.

Anmerkungen

- ¹ U. a. van Deth (2009).
- ² Zusammenfassend u. a. Bödecker (2012); Böhnke (2011).
- ³ Vgl. z. B. Wilkinson, Pickett (2011) oder Layard (2005).
- ⁴ Moser, Schnetzer (2013).
- ⁵ King (1997); Robinson (1950).
- ⁶ U. a. Clarke (2005).
- ⁷ U. a. Alesina, Perotti (1996); Clarke (1995).
- ⁸ Barro (2000).
- ⁹ Li, Zou (1988).
- ¹⁰ Wilkinson, Pickett (2011).
- ¹¹ Easterlin (1974).
- ¹² Layard (2005).
- ¹³ U. a. Senik (2003).
- ¹⁴ WIFO (2012).
- ¹⁵ U. a. Amos (1988); Fan, Casetti (1994).
- ¹⁶ Siehe z. B. Rey (2001).
- ¹⁷ Wheeler (2005).
- ¹⁸ Glaeser et al. (2008).
- ¹⁹ Wilkinson, Pickett (2011).
- ²⁰ Glaeser (2008).
- ²¹ U. a. van Deth (2009).
- ²² Barber (1985).
- ²³ U. a. van der Eijk, Franklin (2009); Griffin, Newman (2005); Verba et al. (1995).
- ²⁴ MA 17 (2014).
- ²⁵ De Neve (2009).
- ²⁶ Verba et al. (1978).
- ²⁷ Barnes, Kaase (1979).
- ²⁸ De Neve (2009); Campbell et al. (1960).
- ²⁹ Hurrelmann (2002); Heitmayer (1992).
- ³⁰ Torney-Purta (2002); Dreher, Dreher (1985).
- ³¹ Van Deth et al. (2007).
- ³² Rippl (2008).
- ³³ Armingeon (2007).
- ³⁴ Huckfeldt (1979); Verba, Nie (1972).
- ³⁵ U. a. de Neve (2009); Franklin (2004); Barnes, Kaase (1979).
- ³⁶ Zeglovits, Zandonella (2013).

- ³⁷ Gilens, Page (2014); Karabarbounis (2011).
- ³⁸ Bödeker (2012); Zeglovits (2011).
- ³⁹ Im europäischen Ländervergleich: Schäfer (2010).
- ⁴⁰ U. a. Plasser, Ulram (2004); Willer et al. (1996); Fiorina (1981); Lipset et al. (1967); Campbell (1960); Downs (1957); Lazarsfeld et al. (1944).
- ⁴¹ Zeglovits (2011).
- ⁴² Vgl. Moser, Schnetzer (2013). Ausgewählte Daten zu Einkommen und Einkommensverteilung können auf den Webseiten <http://derstandard.at/interaktiv/2014-04-einkommen/fullscreen.html> und <http://taxsim.wu.ac.at:8080/atineq/> interaktiv für jede österreichische Gemeinde abgerufen werden.
- ⁴³ Vgl. Moser, Schnetzer (2013).
- ⁴⁴ Lleras (2005).
- ⁴⁵ Muthén, Muthén (1998-2012).
- ⁴⁶ Backhaus et al. (2008).
- ⁴⁷ Mehrebenen-Pfadmodelle vereinen die Vorteile von Mehrebenen- und Pfadmodellen, indem sie durch die Aufteilung der Gesamtvarianz der interessierenden Variablen auf die unterschiedlichen Ebenen und deren separate, jedoch simultane Analyse die Berücksichtigung von unabhängigen Variablen auf den verschiedenen Untersuchungsebenen, die Modellierung von Interaktionseffekten zwischen diesen Variablen, die Berechnung eigenständiger Effekte von aggregierten Individualmerkmalen und die Analyse komplexer direkter und indirekter Zusammenhangsstrukturen auf den verschiedenen Untersuchungsebenen ermöglichen; Christ, Schlüter (2012), Muthén, Asparouhov (2011).

Literatur

- Alesina, Alberto; Perotti, Roberto, Income distribution, political instability, and investment, in: *European Economic Review* 40/6 (1996) 1203-1228.
- Alesina, Alberto; Di Tella, Rafael; MacCulloch, Robert, Inequality and happiness: Are Europeans and Americans different?, in: *Journal of Public Economics* 88/9 (2004) 2009-2042.
- Altzinger, Wilfried; Berka, Christopher; Humer, Stefan; Moser, Mathias, Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich, 1957-2009. Teil I: Literaturüberblick und Beschreibung der Daten, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 37/4 (2011) 513-530.
- Armingeon, Klaus, Political Participation and Associational Involvement, in: van Deth, Jan; Montero, Jose; Westhol, Anders (Hrsg.), *Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis* (London / New York 2011) 358-384.
- Altzinger, Wilfried; Berka, Christopher; Humer, Stefan; Moser, Mathias, Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich, 1957-2009 Teil II: Methodik und Ergebnisse, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 38/1 (2012) 77-102.
- Amos, Orley M., Unbalanced regional growth and regional income inequality in the latter stages of development, in: *Regional Science and Urban Economics* 18/4 (1988) 549-566.
- Backhaus, Klaus; Erichson, Bernd; Plinke, Wulff; Weiber, Rolf, *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung* (Berlin / Heidelberg 2008).
- Barber, Benjamin R., *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age* (Berkeley/ Los Angeles 1985).
- Barnes, Samuel H.; Kaase, Max, *Political Action. Mass participation in five western democracies* (Beverly Hills 1979).
- Barro, Robert J., Inequality and Growth in a Panel of Countries, in: *Journal of economic growth* 5/1 (2000) 5-32.
- Bödeker, Sebastian, Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland.

- Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft (= Otto-Brenner-Stiftung – Arbeitspapier Nr. 1, 2012).
- Böhnke, Petra, Ungleiche Verteilung politischer Partizipation, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.), *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2011) 18-25.
- Campbell, Angus; Converse, Philip, E.; Miller, Warren E.; Stokes, Donald E., *The American Voter* (New York 1960).
- Christ, Oliver; Schlüter, Elmar, *Strukturgleichungsmodell mit Mplus* (München 2012).
- Clarke, George R., More evidence on income distribution and growth, in: *Journal of development economics* 47/2 (1995) 403-427.
- Clarke, Kevin A., The Phantom Menace: Omitted Variable Bias in Econometric Research, in: *Conflict Management and Peace Science* 22 (2005) 341-352.
- De Dominicis, Laura; Florax, Raymond J.; De Groot, Henri L., A Meta-Analysis on the Relationship between Income Inequality and Economic Growth, in: *Scottish Journal of Political Economy* 55/5 (2008) 654-682.
- De Neve, Dorothee, *NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie?* (Opladen 2009).
- Downs, Anthony, *An Economic Theory of Democracy* (New York 1957).
- Dreher, Eva; Dreher, Michael, Entwicklungsaufgaben im Jugendalter: Bedeutsamkeit und Bewältigungskonzepte, in: Liepmann, Detlev; Stiksrud, Hans-Arne (Hrsg.), *Entwicklungsaufgaben und Bewältigungsprobleme in der Adoleszenz. Sozial- und entwicklungspsychologische Perspektiven* (Göttingen 1985) 56-70.
- Easterlin, Robert A., Does economic growth improve the human lot? Some empirical evidence, in: *Nations and households in economic growth* 89 (1974) 89-125.
- Fan, Cindy C.; Casetti, Emilio. The spatial and temporal dynamics of US regional income inequality 1950-1989, in: *The Annals of Regional Science* 28/2 (1994) 177-196.
- Fiorina, Morris P., *Retrospective Voting in American National Elections* (New Haven 1981).
- Franklin, Mark N., *Voter turnout and the dynamics of electoral competition in established democracies since 1945* (Cambridge 2004).
- Gilens, Martin; Page, Benjamin I., Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens, in: *Perspectives on Politics* 12/3 (2014) 564-581.
- Glaeser, Edward L.; Resseger, Matthew G.; Tobio, Kristina, *Urban Inequality* (= NBER working paper No 14419, Washington, D. C., 2008).
- Griffin, John D.; Newman, Brian, Are Voters Better Represented?, in: *Journal of Politics* 67/4 (2005) 1206-1227.
- Heitmayer, Wilhelm, *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation* (Weinheim/München 1992).
- Huckfeldt, Robert, Political Participation in the Neighborhood Social Context, in: *American Journal of Political Science* 23/3 (1979) 579-592.
- Hurrelmann, Klaus, *Einführung in die Sozialisationstheorie* (Weinheim/Basel 2002).
- Karabarbounis, Loukas, One Dollar, One Vote, in: *The Economic Journal* 121 (2011) 621-651.
- King, Gary, *A Solution to the Ecological Inference Problem. Reconstructing Individual Behavior from Aggregate Data* (Princeton 1997).
- Kuznets, Simon, Economic growth and income inequality, in: *The American Economic Review* 45/1 (1955) 1-28.
- Layard, Richard, *Happiness – Lessons from a New Science* (London 2005).
- Lazarsfeld, Paul; Berelson, Bernard; Gaudet, Hazel, *The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign* (New York 1944).
- Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein, Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments, in: Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* (New York 1967) 1-64.

- Li, Hongyu; Zou, Heng-fu, Income Inequality Is Not Harmful for Growth: Theory and Evidence, in: *Review of Development Economics* 2/3 (1998) 318-334.
- Lleras, Christy, Path Analysis, in: Kimberly Kempf-Leonard (Hrsg.), *Encyclopedia of Social Measurement* (San Diego 2005).
- MA 17, Dritter Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor (Wien 2014); online: http://www.statistik.at/web_de/Redirect/index.htm?dDocName=071115.
- Miller, Warren E.; Shanks, J. Merrill, *The New American Voter* (Cambridge 1996).
- Moser, Mathias; Schnetzer, Matthias, Registerbasierte Statistiken Einkommen (RS) 2013. Auswertungen aus der Lohnsteuerstatistik 2004-2010, in: *Statistik Austria Schnellbericht* (10.6.2013); [_](#)
- Muthén, Linda; Muthén, Bengt, *Mplus user's guide* (Los Angeles, 7 Auflagen, 1998-2012).
- Muthén, Bengt; Asparouhov, Tihomir, Beyond Multilevel Regression Modelling: Multilevel Analysis in a General Latent Variable Framework, in: Joop J. Hox; J. Kyle Roberts (Hrsg.), *Handbook of Advanced Multilevel Analysis* (New York 2011) 15-40.
- Piketty, Thomas, *Capital in the 21st Century* (Cambridge, MA, 2014).
- Plasser, Fritz; Ulram, Peter, Parteienwettbewerb in der Mediendemokratie, in: Plasser, Fritz (Hrsg.), *Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch* (Wien 2004) 380-384.
- Rey, Sergio J., Spatial empirics for economic growth and convergence, in: *Geographical Analysis* 33/3 (2001) 195-214.
- Rippl Susanne, Politische Sozialisation, in: Hurrelmann, Klaus; Grundmann, Matthias; Walper, Sabine (Hrsg.), *Handbuch Sozialisationsforschung* (Weinheim/Basel 2008) 443-457.
- Robinson, W., Ecological Correlations and the Behavior of Individuals, in: *American Sociological Review* 15 (1950) 351-357.
- Schäfer, Armin, Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa., in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4 (2010) 131-156.
- Sennik, C., What can we learn from subjective data? The case of income and well-being (= Working paper 2003-06, CNRS und DELTA-Fédération Jourdan, Paris 2003).
- SORA Institute for Social Research and Consulting; ISA Institut für Strategieanalysen, Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl (Wien 2013); online: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2013_NRW_Wahltagsbefragung-Grafiken.pdf.
- Torney-Purta, Judith, The school's role in developing civic engagement: A study of adolescents in twenty-eight countries, in: *Applied Development Science* 6/4 (2002) 203-212.
- Van der Eijk, Cees; Franklin, Mark; Marsh, Michael, What Voters Teach Us About Europe-Wide Elections: What Europe-Wide Elections Teach Us About Voters, in: *Electoral Studies* 15/2 (1996) 149-166.
- Van Deth, Jan; Abendschön, Simone; Rathke, Julia; Vollmar, Meike, *Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr* (Wiesbaden 2007).
- Van Deth, Jan, Politische Partizipation, in: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.), *Politische Soziologie* (Wiesbaden 2009) 141-161.
- Verba, Sidney; Nie, Norman H., *Participation in America: Political democracy and social equality* (New York 1972).
- Verba, Sidney; Nie, Norman H.; Kim, Jae-on, *Participation and Political Equality* (Cambridge 1978).
- Verba, Sidney; Schlozman, Kay L.; Brady, Henry E., *Voice and equality. Civic voluntarism in American politics* (Cambridge, MA, 1995).
- Wheeler, Christopher H., Cities, Skills and Inequality, in: *Growth and Change* 36/3 (2005) 329-353.
- WIFO, *Entwicklung und Verteilung der Einkommen*, in: *Sozialbericht 2012* (BMASK, Wien 2012).

- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate, *The Spirit Level – Why Greater Equality Makes Societies Stronger* (New York 2011).
- Williamson, Jeffrey, Regional Inequality and the Process of National Development: A Description of the Patterns, in: *Economic Development and Cultural Change* 13/4 (1965) 1-84.
- Zeglovits, Eva, *NichtwählerInnen in Österreich* (Disseration, Universität Wien, Wien 2011).
- Zeglovits, Eva; Zandonella, Martina, Political interest of adolescents before and after lowering the voting age: the case of Austria, in: *Journal of Youth Studies* 16/5 (2013) 1084-1104.

Zusammenfassung

Wahlen sind ein Kernelement jeder Demokratie, und eine über möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg verteilte Partizipation ist zentral für die Gerechtigkeit in demokratischen Systemen. Wenn sich bestimmte Gruppen systematisch nicht beteiligen, spiegeln sich auch ihre Bedürfnisse und Interessen seltener in den politischen Entscheidungen wider. Ausgehend von den bestehenden Erkenntnissen zu den sozialen Auswirkungen von Einkommensungleichheit untersucht die vorliegende Studie mögliche Einflüsse von lokaler Einkommensungleichheit auf die Wahlbeteiligung. Dazu werden erstmalig die nun auch auf Gemeindeebene verfügbaren Indikatoren zu Ungleichheit herangezogen und mit den Umfragedaten der Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2013 verknüpft. Ergänzt wird das Modell zur Erklärung von Nichtwählen mit einigen ausgewählten, aus der Partizipationsforschung bekannten Einflussfaktoren auf der individuellen Ebene. Die Ergebnisse geben erste Hinweise darauf, dass zunehmende Ungleichheit auf Gemeindeebene die Wahlbeteiligung senkt. Dies geschieht indirekt über die höhere Wahrscheinlichkeit, von Exklusionserfahrungen betroffen zu sein und einem damit einhergehenden, geringeren Vertrauen in die Wirksamkeit von Partizipation. Schließlich werden Vorschläge für eine Fortsetzung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Thema aufgezeigt.

Abstract

Elections are one core element of democracies and an across all societal groups evenly distributed participation is crucial when it comes to equity in democratic systems. If specific groups systematically fail to participate, their needs and interests may not be considered in political decisions either. Based on existing evidence concerning social impacts of income inequality, this study examined possible effects of income inequality on voter turnout. Therefore, now available indicators of inequality on community level were merged with survey data from the last Parliamentary Election Day Study (2013). Additionally, and based on previous research on participation, our model to explain non-voting includes selected variables on the individual level. The results indicate that higher inequality on community level lowers voter turnout. This effect is indirect, as the individual probability of exclusion, accompanied by lower trust in the efficacy of participation rises with inequality on community level. Finally, suggestions for further research are elaborated.